

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Ratskolleginnen- und Kollegen. Sehr geehrte Gäste und sehr geehrte Vertreter der Presse.

Beginnen möchte ich meine Haushaltsrede mit dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die unsere Arbeit im Rat das vergangene Jahr über begleitet haben. Vielen Dank für die viele Zeit und die Bereitschaft.

Ein Blick zurück auf das jetzt zu Ende gehende Jahr 2012 sei mir an dieser Stelle gestattet.

Es gab nicht viel in Meerbusch, worüber sich Bürgerinnen und Bürger freuen konnten. Im Gegenteil, Einiges hat unsere Bürgerinnen und Bürger so bewegt, dass sie sich in neuen Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben und klar und deutlich für ihre Interessen eintreten.

Die notwendige Schließung einer Grundschule in Osterath ist ein solch emotionales Thema, welches die Menschen nicht nur in Osterath sehr bewegt. Die Diskussion und die Meinungsfindung zu diesem Thema waren für alle sehr belastend. Niemand schließt gerne eine Schule, auch wenn die Zahlen keinen anderen Schluss zulassen. Die SPD Fraktion steht nach wie vor zu dem Entschluss, die Barbara-Gerretz-Schule auslaufen zu lassen. Auch wenn wir sehen, wie viele Menschen sich engagieren für den Erhalt dieser Schule. Die Politik hat ihre Meinung gebildet und entsprechende Beschlüsse getroffen. Durch das Bürgerbegehren wurde der Ratsbeschluss gestoppt. Nun steht der erste Bürgerentscheid in Meerbusch bevor. Alle Meerbuscher sind nun aufgerufen sich aktiv an der Gestaltung unserer Schullandschaft zu beteiligen. Wir sind sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sich für die Sicherung der Qualität aller Grundschulen in Meerbusch aussprechen. Natürlich werden wir das Ergebnis dieser Bürgerentscheidung auf jeden Fall respektieren und umsetzen.

Aber auch die Weiterentwicklung der Schullandschaft bei den weiter führenden Schulen war ein wichtiges Thema in 2012. Dem Rückgang bei den Anmeldungen bei der Hauptschule und leider auch bei der Realschule sollte durch die Errichtung einer weiteren Schule des längeren gemeinsamen Lernens entgegengewirkt werden, so der Elternwille, der bei einer Befragung festgestellt wurde. Dennoch wird es zunächst keine zusätzliche Schule geben, sondern die Hauptschule wird auslaufen. Die Auslegung der Elternbefragung hat sicherlich nicht dazu beigetragen, dass die Eltern den Eindruck erhalten haben, dass ihr Votum tatsächlich etwas bewirkt. Einige der Eltern fühlten sich gar hinter

die Fichte geführt, weil es zu keiner Errichtung einer neuen Schule kommt. Heute wissen wir, andere, deutlichere Formulierungen in der Elternbefragung hätten es den Eltern leichter gemacht. So hätte die Abfrage eines Zweitwunsches, für den Fall das die erste Wahl Gymnasium nicht realisierbar wäre, die Abfrage verdeutlicht. Natürlich wurde deutlich, dass fast alle Befragten sich für ihre Kinder eine Schulform des längeren, gemeinsamen Lernens wünschen. Leider eben nicht deutlich genug. Bei uns in Meerbusch bleibt es somit zunächst einmal bei einem früh selektierendem Schulsystem.

Und nun zur dritten Schule in Meerbusch, die schon in ganz naher Zukunft ihre Pforten schließen wird. Die Förderschule unserer Stadt, die viele Jahre lang hervorragende Arbeit geleistet hat, wird schließen und in Kaarst angesiedelt werden.

Leider noch nicht genug der schlechten Nachrichten. Es wird in Meerbusch in naher Zukunft kein Jugendzentrum geben. Nachdem das Projekt am alten Güterbahnhof unserer Meinung nach „Todgerechnet“ wurde, ist erst einmal Schluss. Fast „sang- und klanglos“, wurde das neue Jugendzentrum zu Grabe getragen.

Auch ein zurück in den guten alten Pappkarton kann es nicht geben, denn dieser Standort ist durch den Neubau eines Sportplatzes jetzt mit einem Lärmkontingent versehen.

In Meerbusch tun wir viel für unsere Kinder, in der Betreuung bereits unter drei Jahren, wir leisten viel für den offenen Ganztag. Aber dann ist Schluss, unsere Jugendlichen bleiben auf der Strecke.

Ein weiterer Punkt, der uns Meerbuscher Bürger zu Wutbürgern machte, war die Planung eines Doppelkonverters am Standort Osterath.

In dem Protest gegen diesen Standort stehen wir auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger. Der mögliche Konverter ist viel zu nah an einem bestehenden Wohngebiet geplant.

Der massive Bürgerprotest und die bundesweite Berichterstattung zu dem Thema, war Folge einer verheerenden Informationspolitik durch die Firma Amprion. Aber auch durch die Verwaltungsspitze fühlten sich Politik und Bürger nicht richtig informiert.

Der mit der Planung beauftragte Netzbetreiber macht massive Fehler, insbesondere in der Kommunikation. Offensichtlich sind die Lehren aus "Stuttgart 21" noch nicht überall angekommen. Ein direkter Vergleich ist jedoch nicht möglich, da die Aufgabenstellung, die Energiewende sicherzustellen, zu dafür eigenen Gesetzgebungsverfahren geführt hat.

Dies ist bis heute auch Konsens in Gesellschaft und Politik.
Der von Amprion angedachte Konverterstandort ist nicht tragbar.
Deshalb darf es zum jetzigen Stand der Planung keine Vorfestlegungen geben. Wir haben in vielen Gesprächen auf Landes- und Bundesebene erreicht, dass die SPD-Bundestags- und die Landtagsfraktion darauf achten werden, dass bei der Verabschiedung des Bundesbedarfsplans die gebietsscharfe Bezeichnung Osterath erweitert wird. Alternative Standorte müssen ernsthaft geprüft werden.
Mein Dank gilt der Bürgerinitiative, die den Politikern ganz deutlich ihre Sichtweite der Dinge zeigt und uns somit auch auf die Bedürfnisse und Interessen der Bürgerinnen aufmerksam macht.

Auch bei dem völlig überdimensionierten Logistikzentrum an der Stadtgrenze Krefeld/Meerbusch sind wir bei den Bürgern, die durch anfallende LKW Verkehre viel zu sehr belastet würden.
Wenn wir uns Meerbusch im Kreise seiner Nachbarn ansehen, müssen wir leider erkennen, dass diese versuchen ihre Probleme auf Meerbuscher Gebiet zu lösen.
Deshalb müssen wir in Zukunft eine interkommunale Zusammenarbeit zum Thema Entwicklung von Gewerbegebieten anstreben. Bei diesen Gesprächen müssen insbesondere funktionierende Verkehrsverbindungen abgesprochen werden, die für alle tragbar sind.

Die bestehenden Gewerbegebiete in Meerbusch reichen bei weitem nicht mehr aus. Zumal eines durch den Eigentümer immer noch blockiert wird. Die Gewerbeflächen des Böhlerbevorratungsgeländes werden uns komplett bei den Planungen auf der Regionalen Ebene angerechnet, und dass obwohl niemand weiß, wann Böhler vor hat hier jemals Gewerbe anzusiedeln. Zumindest haben wir hierzu aktuell keinerlei Informationen.

Leider müssen wir auch noch auf die Verlängerung der Böhlerstraße warten, angeblich soll sie 2013 angefasst werden. Das ist dringend nötig, die Menschen an der Marienburger Straße, über die der Verkehr hauptsächlich abfließt, warten nun schon so viele Jahre darauf. Immer wieder zu Wahlkampfzeiten kommt das Thema auf die Agenda. Es kann nicht sein, dass noch weitere Verkehre durch neue Vorhaben wie das Forum Oberkassel oder auch das realisierte Vodaphone Gelände über diese Straße laufen. Hier erwarten wir, dass unsere Verwaltung in Düsseldorf einen zügigen Baubeginn einfordert.

Die Stadt Neuss wird ein 15 ha großes Gewerbegebiet an der Bataver Straße errichten. Verkehrlich angebunden natürlich über Meerbusch. Die Abkürzungen aus dem Gebiet zur Autobahn gehen durch ein

Wohngebiet im Buderich Süden. Zu diesem Thema gab es keine interkommunalen Gespräche, das ist sträflich vernachlässigt worden. Jetzt müssen wir aufpassen und es nicht nur bei der Androhung bewenden lassen, wenn nötig die Römerstraße zu schließen.

Verwaltung und Politik müssen aus den vielen Bürgerbewegungen lernen. Zu den meisten der eben angesprochenen Themen wurden Bürgerinitiativen gegründet. Es muss in den Köpfen der Verantwortlichen endlich klar werden, dass Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf rechtzeitige Informationen haben. Nur wenn man die Betroffenen einbindet, kann man auch etwas erreichen. Wir fordern in Meerbusch endlich ein Konzept für eine rechtzeitige und informelle Bürgerbeteiligung. Der Antrag hierzu wurde jetzt von uns gestellt.

Aber Meerbusch hat auch einige wenige positive Entwicklungen genommen.

Die Böhlersiedlung hat endlich einen Käufer gefunden, der daran interessiert ist, die Lebensqualität und die Besonderheiten dieser Siedlung zu bewahren und sogar auszubauen. Das ist auch schon sichtbar, denn in der Siedlung passiert so einiges, so wurde jüngst der Mittelpunkt eröffnet. Wir wollen die Planungen begleiten und erreichen, dass der jetzt noch bezahlbare Wohnraum in dem Gebiet erhalten bleibt, dass Lebensräume geschaffen werden.

Positiv ist, dass wir in der Böhlersiedlung auf eine neue Kita hoffen dürfen. Als wir im September 2011 die schlimmen baulichen Zustände an der Kita am Sonnengarten ansprachen, gab es für die SPD richtig Ärger. Heute darf man laut sagen, dass die alte Kita marode ist und dringend ersetzt werden muss. Warum mussten wir so lange warten? Jetzt freuen wir uns darüber, dass der neue Eigentümer der Siedlung eine Kita baut und dann an die Stadt Meerbusch vermietet. Der Standort für den Neubau ist nicht unumstritten. Aber die SPD Fraktion unterstützt diesen Standort, jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen. So muss in jedem Fall sichergestellt werden, dass alle nötigen Maßnahmen zur Verkehrssicherung und Verkehrsberuhigung am Laacher Weg geschaffen werden. Ebenso gehören Kita und Familienzentrum unter ein Dach.

Ja, und dann gab es da noch eine Entscheidung zu unserem Lieblingsthema in Meerbusch, zu Haus Meer, von der ich noch nicht weiß, ob sie gut oder schlecht war. Alleine CDU und Grüne waren sich einig, dass auf dem Gelände von Haus Meer ein 5 Sterne + Hotel

gebaut werden muss. Über die Folgekosten für die Stadt kann man genaueres noch nicht sagen, trotzdem wurde der Beschluss gefasst. Man einigt sich wider besseres Wissen, auch wenn man schon mal die eigene Identität aufgibt. Was soll's, der Bürger wird es schon nicht merken. Oh ja, Herr Peters und Herr Damblon, der Bürger merkt es und er wird es bis zur Kommunalwahl 2014 auch nicht vergessen haben. Ruck zuck wird ein CDU Antrag zum Thema Haus Meer zurück genommen und durch einen CDU/Grünen Antrag ersetzt. Zwar wäre die Super-Kooperation zwischen CDU und Grünen daran ihre fast gescheitert, aber was tut man nicht alles zum Machterhalt?

Ähnlich war es bei Ihrem Entschluss zum Frischemarkt auf dem Ostara Gelände. Hier haben die Grünen ebenso eine Kehrtwende vollzogen. Auch wenn diese stets beteuern, dass nur durch sie das Ostara Gelände ökologisch entwickelt wird, so bleibt es bei vielen ungeklärten Problemen: die hohe Versiegelung durch insbesondere den Frischemarkt und die Erschließung, das zu erwartende hohe Verkehrsaufkommen und die in Kauf genommene Verödung des Osterather Ortskernes sind nur einige Punkte, die deutlich machen, dass die Grünen hier ihre Vorstellungen von nachhaltiger Entwicklung, wenn überhaupt, nur vordergründig erreicht haben. Die Zukunft Osteraths ist auch durch diese Entscheidung für den Frischemarkt unsicher.

Zu dem uns vorliegenden Haushalt, gar nicht viel zu sagen. Außer dass er völlig frei von Visionen und Ideen für die Zukunft ist. Das ist kein Haushalt für eine lebenswerte und lebendige Stadt, wie wir es sein wollen. Dieser Haushalt weist keinerlei Zukunftsweisende Investitionen auf. Dafür wird an den falschen Stellen gespart. Die Verwaltung hat bei der Aufstellung dieses Zahlenwerkes den Vorsatz gehabt Geld einzusparen. Leider ist durch diese Prämisse der Blick verschleiert worden für die notwendigen Investitionen in die Zukunft unserer Stadt. Haushaltspolitik bedeutet eben nicht nur sparen, sondern auch gestalten durch gezielte Maßnahmen.

Es kann nicht sein, wenn für die Instandhaltung der städtischen Immobilien nicht ausreichend Geld zur Verfügung gestellt wird. Immerhin schlagen diese mit einem aktuellen Restwert von 110 Mio. € zu Buche. 3,8 Mio. € werden laut SIM benötigt, um diesen Wert zu sichern. Es erscheinen aber nur 1,6 Mio. im Haushalt. Offensichtlich werden nicht alle notwendigen Wertsichernde Maßnahmen durchgeführt. Hier frage ich die in der Verwaltung dafür Verantwortlichen: Würden Sie bei Ihrem Privateigentum auch so handeln?

Die Ratsmitglieder, die diesem zustimmen, nehmen billigend in Kauf, dass die Immobilien der Stadt vernachlässigt werden und so ganz

schnell an Wert verlieren. Da es sich bei den städtischen Immobilien überwiegend um Einrichtung für die Bildung unserer Kinder handelt, sage ich: Bildung kann nur gelingen, wenn auch die äußeren Umstände stimmen. Wenn hier so weiter gemacht wird wie bisher, stimmen diese bald nicht mehr. Kita und Schule müssen bereits beim Erscheinungsbild signalisieren: Hier bis du willkommen! Mit einem Dach durch das es regnet und mit alten Bodenbelägen geht das nicht. Unsere Anträge im Bereich SIM hat die Mehrheit abgelehnt. Die Frage allerdings, wann sollen die notwendigen Reparaturen und Instandhaltungen getätigt werden, kann hier niemand beantworten.

Der Haushalt weist eine Unterdeckung von 6,546 Mio. € aus. Und dass, obwohl es positive Veränderungen bei der Kreisumlage gab, obwohl die zweite Modellrechnung zum GFG und auch die November-Steuerschätzung positiver als gedacht für die Stadt Meerbusch ausfielen. Ganz wichtig ist auch zu wissen, dass alle die Anträge auf Sparmaßnahmen, die aus der Politik kamen, bereits in diesem Ergebnis stehen.

Die Stadt Meerbusch ist mit 127 Mio. verschuldet. Darin enthalten sind im Moment aktuelle Dispositionskredite in Höhe von 23.705.371,52 €.

Viele der Spar-Anträge, vor allem die von CDU und Grünen, kamen aus dem Arbeitskreis zur Haushaltskonsolidierung. Die geringen, teilweise auch noch an falscher Stelle eingesparten Beträge zeigen deutlich, wie „hilflos“ der Arbeitskreis war. Auch die SPD hat an dem Arbeitskreis mitgewirkt, deshalb nehme ich uns auch bei der Kritik nicht aus und darf getrost sagen, hier muss noch einiges zum Thema Haushaltskonsolidierung geschehen.

Haushaltskonsolidierung sieht anders aus. Da ist es nicht mit hier und da mal 10% pauschalen Kürzungen getan. „Zukunftsfest“ machen, das geht nicht nur durch die pauschale Kürzung von Geschäftskosten in fast allen Bereichen.

Z.B stellen CDU und Grüne den Antrag die Nutzungsgebühren für das Hallenbad um 5% zu erhöhen, FDP will 10%. Wer bietet mehr? Hier scheinen Sie liebe Kolleginnen und Kollegen zu vergessen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger diese Entgelte auch noch bezahlen können müssen.

Zur Haushaltskonsolidierung gehören Konzepte, dazu braucht man Ideen. Was wollen wir in Zukunft für unsere Stadt? Benötigen wir mehr Gewerbeflächen, um das Gewerbesteueraufkommen zu erhöhen? Müssen wir mehr Wohngebiete ausweisen, auch mit einem bezahlbaren

Wohnungsangebot, um den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu erhöhen?

Unsere Vorstellung von einem lebens- und lebenswerten Meerbusch beinhaltet auch bezahlbaren Wohnraum. Deshalb werden wir weiterhin darauf achten, dass wir diesen in Meerbusch schaffen, und eben nicht nur „Häusle“ bauen für Menschen, die im Grünen leben und in den umliegenden Städten arbeiten. Lieber Herr Damblon, es gibt Aufgaben, die darf man als verantwortungsvoller Politiker eben nicht den Kräften des Marktes überlassen. Und zu diesen Aufgaben gehört in jedem Fall das Recht und die Möglichkeit für alle lebenswert zu wohnen. Dazu brauchen wir einen Aktionsplan Wohnen, Bauen, Arbeiten, einen Leitplan für unsere Stadtentwicklung. Deshalb haben wir gefordert die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes als Hoheitsaufgabe beim Bürgermeister anzusiedeln.

Noch einmal will ich an dieser Stelle die Interkommunale Zusammenarbeit einfordern. Das gilt auch für Bereiche aus dem kulturellen Leben, wie z.B. die Musikschule. Wir wissen, dass es bereits heute schwierig ist Gruppen aus unterschiedlichen Stadtteilen zu bilden, und wir sehen auch, dass die Musikschule in den letzten Jahren deutlich eingespart hat. Lediglich die hohen Kosten aus der internen Leistungsverrechnung lassen das Ergebnis jedes Jahr schlechter werden. Dennoch müssen wir auch in diesem Bereich bereit sein, neue Wege zu gehen, mal wirklich über den Tellerrand schauen. Kaum eine Kommune wird in Zukunft alle Kultur- und Bildungsangebote selbständig leisten können.

Wir wollen die Verwaltung durch ein Personalentwicklungskonzept stützen. Dieses Konzept soll aber auch seinen Namen verdienen. Wir haben im Juni 2011 den entsprechenden Antrag gestellt. Bis heute liegt uns keine Fortschreibung des bestehenden Konzeptes vor. Da kann ich doch den Antrag von CDU und Grünen aus dem letzten Hauptausschuss gar nicht Ernst nehmen. Sie fordern jetzt ein Konzept, obwohl die Verwaltung seit 1,5 Jahren daran arbeitet. Ich höre aus ihrem Antrag, dass Sie der Verwaltung diese Erstellung nicht zutrauen und aus diesem Grunde zunächst einmal eine Personalstelle „Personalmanagement“ intern schaffen wollen. Wie denn bitte, bei der dünnen Personaldecke? Wenn die versprochene Fortschreibung des Konzeptes im März nicht vorliegt, wird die SPD Fraktion genau so die Stelle „Personalmanagement“ fordern, allerdings soll diese dann extern besetzt werden. Eines ist klar, noch länger werden wir nicht mehr warten.

Natürlich kann man sich zurücklehnen und auf den Kreis, das Land und den Bund schimpfen, weil die Geldmittel nicht so verteilt werden, wie wir es uns wünschen. Aber das reicht nicht, noch sind wir für unseren eigenen Haushalt verantwortlich. Wir müssen mit dem, was wir haben zurechtkommen.

Kommunalpolitik soll auch Herzenssache sein, soll die Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger konkret verbessern. Die Vorschläge der Kooperationspartner CDU/Grüne folgen diesem Prinzip nicht, nein sie kehren diesen Vorsatz sogar ins Gegenteil. Sie stellen Forderungen, wie beispielsweise den Verkauf von Teilen der Sportanlage Am Krähenacker, zur Finanzierung des neuen Kunstrasenplatzes. Dabei haben Sie doch in den letzten Jahren und auch noch in ihrem Pressegespräch zur Haushaltsberatung versprochen der Platz würde 2013 gebaut. Nein, dadurch verbessern Sie nichts, dadurch werden Sie unglaublich.

Werden die Lebensumstände verbessert, wenn Sie die Teilnehmergebühren im Kulturbereich grundsätzlich erhöhen? Werden die Lebensumstände verbessert, wenn Sie die Nutzungsgebühren für unser Hallenbad mal wieder erhöhen ohne zu wissen, wohin die Reise in dem Bereich geht? Unseren ja nun wirklich Zukunftsweisenden Antrag dazu haben Sie abgelehnt.

Verbessern wir Lebensumstände, wenn wir in Meerbusch über interkommunale Gewerbegebiete noch nicht einmal nachdenken?

Schwarz-Grün hat in unseren Augen kein Gespür für die Mehrheit der Meerbuscher Bevölkerung. Aber haben Sie auch den Mut, sich vor Ihre Wählerschaft zu stellen und zu sagen: „Wir haben es vermasselt, aber Sie zahlen die Zeche?“ Dieser Haushalt ist das Ergebnis von jahrzehntelangen absoluten Mehrheitsverhältnissen. Mit ganz wenigen Ausnahmen haben Sie, die CDU, die Haushalte alleine getragen. Die letzten drei allerdings mit Unterstützung der Grünen.

Mit öffentlichen Geldern muss man verantwortungsbewusst umgehen. Leider fanden unsere Anträge zur Erhöhung der Grundsteuer A und der Parkraumbewirtschaftung bei Ihnen kein Gehör. Aber es wird sein wie immer: Im nächsten Jahr werden dieses die Anträge von Schwarz/Grün sein. Siehe unseren Antrag zu den Gebühren für eine Aussengastronomie auf öffentlichen Plätzen und Wegen. Unser Antrag auf Parkraumbewirtschaftung ist, ganz unter uns gesagt“ von den Grünen abgekupfert. Sie erinnern sich, Herr Peters, das war mal Ihre Idee. Jetzt geopfert der Mehrheitsfraktion.

Ehrlichkeit ist gefragt, sich und den Menschen in Meerbusch nichts vormachen.

Vielleicht aber wird ja im nächsten Jahr alles besser für unsere Bürgerinnen und Bürger. 2014 sind die Kommunalwahlen, da kann man bereits zum Jahresende 2013 die Geschenke hierfür auspacken.

Und nun wünsche ich allen hier Anwesenden ein schönes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr.

Ich danke für Ihr Interesse und für Ihre Aufmerksamkeit.